

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land

Amtliches  
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 171

Mittwoch, den 23. Juli 1924.

48. Jahrgang

## Einspruch der amerikanischen Geldleute.

### Morgan auf dem Plan.

Lamont, der Vertreter der Morgan-Bank, hatte nach dem offiziellen Habesbericht im Verlaufe einer 2 1/2 stündigen Aussprache im Reichsschatzamt, an der die Finanzminister Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens, sowie die hervorragendsten Persönlichkeiten der amerikanischen und englischen Finanzwelt teilgenommen haben, folgende zwei neuen Bedingungen im Rahmen der amerikanischen Anleihegeber mitgeteilt:

1. Die Feststellung deutscher Verlehnungen darf nicht von der Reparationskommission vorgenommen werden, da diese Verlehnungen ihren moralischen Kredit in Amerika eingebüßt haben.  
2. Die amerikanischen Finanzkreise widersetzen sich der Eventualität jeder selbständigen Aktion eines der Verbündeten, dadurch die Garantien der Kredite und gleichzeitig die Situation der Geldgeber gefährdet werden könnten.

Der französische Finanzminister Clementel und der belgische Ministerpräsident Theunis, der ebenfalls an der Sitzung teilgenommen hatte, haben energisch gegen diese amerikanischen Forderungen protestiert und darauf hingewiesen, daß sie im Widerspruch zu dem Versailler Vertrag ständen. Nach längerer Debatte wurde folgende Forderung ins Auge gefaßt:

Die Reparationskommission wird, wie ursprünglich vereinbart wurde, Verlehnungen feststellen, dem Finanzkomitee des Völkerbundes aber den Auftrag erteilen, die Folgen solcher Verlehnungen zu beurteilen. Außerdem soll der Sachverständigen-Ausschuß, der den Dawes-Bericht abgefaßt hat, wieder zusammengerufen werden, um die aus den Verlehnungen Deutschlands zu ziehenden Konsequenzen festzulegen.

Es bleibt nun abzuwarten, was zum endgültigen Beschluß erhoben wird. Beide Vorschläge sind für Deutschland nur schwer tragbar, denn die deutschen Begründungen von ganz sicher kommenden Verlehnungen werden nie objektiv bewertet werden. Ganz abgesehen davon, daß der Dawesplan selbst wenn jeder Bürger in Deutschland seine Habe bis auf dem Abtrag der Tributpflicht hergeben würde.

Nach Ausgange der Zusammenkunft hat sich Lamont nach dem Hyde-Park begeben und mit dem französischen Ministerpräsidenten, wie der „New Yorker Herald“ meldet, nahezu 4 1/2 Stunden gesprochen. Lamont legte Herriot den Standpunkt der anglo-amerikanischen Finanzkreise in der Frage der Fiskusgarantien dar. Herriot soll dem amerikanischen Kapitale schließlich geantwortet haben, daß die innerpolitische Situation es ihm nicht ermöglichte, die angeforderten Garantien zu gewähren. In den franko-belgischen Kreisen haben die neu aufgetauchten Schwierigkeiten einen äußerst ungünstigen Eindruck (!) gemacht, da die in der Frage der Sanktionen und Verlehnungen erzielte Verständigung wieder völlig zweifelhaft geworden. In Paris hat die neue Wendung der Dinge selbstverständlich ganz außerordentlich verstimmt.

Pertinax zufolge soll Neung den amerikanischen Korrespondenten erklärt haben, daß eine Verständigung mit der französischen Politik ein Ding der Unmöglichkeit sei. Voraussetzlich wird es bei diesem ersten Schritt der Sachfinanz nicht bleiben. Wenn auch Lamont diesmal noch auf französische Hartnäckigkeit gestoßen ist und prompt umfiel, er gilt übrigens als Franzosenfreund, so wird die Sachfinanz doch schnell genug einsehen, daß das deutsche Geschäft ein recht faules wird, wenn nicht endlich die französische Halsstarrigkeit gebrochen wird. Die Amerikaner haben ein recht großes Interesse an dem Gelingen der Konferenz, deren weitere Entwicklung auf einen Kampf zwischen Herriot und Morganleuten hinauslaufen und insoweit recht interessant werden wird. Wie schwer muß es sein, gegen die französisch-belgische Hartnäckigkeit und Intrigen anzukommen, daß je länger die Konferenz dauert, um so mehr amerikanische Unterhändler austauschen und selbst Morgan nach London fahren wird. Aber der Kampf geht nicht nur um die Sicherung der Anleihe, um ein gutes Geschäft, sondern um mehr. Macdonald und Herriot sind Sozialisten, wenn auch solche, die ihr Vaterland und ihre Nation, im Gegensatz zu den Deutschen, über alles stellen, dennoch darf das Kapital nicht die Herrschaft des Sozialismus dulden. Der Sozialist Herriot sagte dem Lamont, daß er auf die französischen innerpolitischen Verhältnisse, d. h. auf die Poincaristen Rücksichten nehmen müsse; das mögen sich die um „Boß“ und „Vorwärts“ merken.

### Morgans europäische Reise.

New York, 22. Juli. Morgan wird Sonnabend seine angekündigte Reise nach England antreten, um dann im An-

schluß Frankreich zu besuchen. Wenn er auch in einem Interview erklärte, daß er nur die übliche Ferienreise unternehme, so glaubt hier niemand daran. Die Wallstreet erwartet im Gegenteil bestimmt, daß er sich mit der Auslegung der deutschen Anleihe eingehend befassen wird. Diese Reise wird hier lebhaft erörtert, da nicht zuletzt auch die Wallstreet ein starkes Interesse daran hat, daß die Reparationsfrage ihre baldige Lösung erfährt. Die immer mehr zunehmende Geldlosigkeit macht in der Tat eine großzügige Anleihepolitik unvermeidbar. Wie kritisch auch für Amerika die Lage ist, geht daraus hervor, daß man in Finanzkreisen in kürzester Zeit die weitere Herabsetzung des Diskonts der Federal Reserve erwartet. Man erwartet allgemein von der Reise Morgans, daß er versuchen wird, die festgefahrene Londoner Konferenz wieder flott zu machen und eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen.

### Ein Stichtag für den Dawesplan

am 15. August.

London, 22. Juli. Nach einer Information des „Manchester Guardian“ soll der zweite Unterausschuß vorgeschlagen haben, nunmehr den 15. August als ersten Stichtag, nämlich zur Durchführung der Dawesberichte und als zweiter Stichtag nämlich für die Beendigung der ökonomischen Räumung des Ruhrgebietes, einen um sechs oder acht Wochen späteren Termin festzusetzen.

Der Unterausschuß der zweiten Kommission hatte gestern nachmittag die technischen Sachverständigen in der Frage der Eisenbahnen, der Emissionsbank und der Industrieobligationen gehört. Der Unterausschuß hat den Standpunkt vertreten, daß die franko-belgische Regie dem von dem Sachverständigenbericht vorgesehenen Organisationsausschuß für die Eisenbahnen Platz machen muß, sobald dieser Ausschuss gebildet sein wird, d. h. zwischen dem 1. und 15. Oktober, wenn die Ausführung des Sachverständigenplanes am 15. August erfolgt. Für die Gründung der Emissionsbank sei ein Zeitraum von 6-8 Wochen ausreichend. Die Sachverständigen haben beschlossen, sich im Hinblick auf die Industrieobligationen zu begnügen, da die endgültigen Wertpapiere nicht vor Anfang 1925 ausgegeben werden könnten. Außerdem sind die beiden Eisenbahnsachverständigen beauftragt worden, festzustellen, ob der Sachverständigenplan die Verwendung von Regaleisenbahnen auf den Eisenbahnlinien zuläßt, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Besatzungsstruppen als notwendig angesehen werden.

### Die Konferenz gefährdet?

Zimmer noch die Sanktionsfrage.

Paris, 22. Juli. In London wurde gestern nachmittag der offizielle Text des von der 1. Kommission am Sonnabend ausgearbeiteten Entwurfs über Verlehnungen und Sanktionen fertiggestellt. Der Inhalt des offiziellen Schriftstückes ist als solcher im wesentlichen bekannt. Neu und von hervorragender Bedeutung ist besonders die Stelle, die sich auf die eventuelle Erreichung von Sanktionen bezieht. Die Alliierten erklären, daß sie während der Dauer der Rückerstattung der erwähnten Anleihe von 800 Millionen Goldmark zu Sanktionen nur dann ihr Zuspruch nehmen werden, wenn die Repto durch eine begründete Entscheidung eine Verlehnung im Sinne des § 3 Teil 1 des Sachverständigenprotokolls nach Eingolung des Gutachtens des Agenten für die Zahlungen und eines Vertreters der Geldgeber feststellt hat.

Die Einigung kann aber von Frankreich dahin ausgeleitet werden, daß die Erreichung von Sanktionen unabhängig von denen der Repto oder des Völkerbundes stattfinden darf. In der Auslegung hat Frankreich eine besondere Übung. Die Forderung auf Befassung von mehreren Tausend Regiebahnbeamten auf den deutschen Eisenbahnen soll nur die Tür zur schnellen und reibungslosen Erreichung von Sanktionen offenhalten. Herriot versucht für seine Franzosen auf der Konferenz beständig Sonderrechte bedenklicher Art herauszuholen im Bewußtsein, daß durch die Lage keinem der Alliierten es leichter ist, deutsches Gebiet zu überfallen und zu berauben, wie Frankreich und Belgien. Es ist noch immer der Fortgang der Konferenz gefährdet trotz der inzwischen erfolgten „Einigung“ in wichtigen Fragen nach dem Willen Frankreichs und trotz des Eingehens Lamonts auf die Wünsche Frankreichs bezüglich der Sanktionen.

So schreibt der Berichterstatter des „Daily Telegraph“: Die Schwierigkeiten liegen in der Ungewißheit, ob die Mächte bereit sein würden, die finanziellen Sicherheiten, welche im Protokoll der 1. Kommission niedergelegt worden seien, zu

verbessern. weiter darin, daß die französische Regierung es äußerst schwierig finden werde, den Finanzleuten auf politischem Gebiet Garantien zuzugestehen, die sie den anderen alliierten Regierungen verweigert habe. Der Berichterstatter meint, es sei vielleicht bedauerlich, daß Artikel 4 gegenüber der Frage der separaten Aktion so zweideutig sei. Es sei schwer denkbar, daß man sich über den von dem amerikanischen Generalagenten für Reparationen und dem Vertreter der Bondsinhaber erteilten Rat hinwegsetze.

### Französische Verstimmung.

Paris, 22. Juli. Die neuen Garantieforderungen der amerikanischen Bankiers bilden das Hauptthema für die Morgenblätter, die zum erstenmal die Frage aufwerfen, ob es sich jetzt um eine ernsthafte Gefährdung der Konferenz handle. Interessant ist die Stellungnahme der Presse je nach dem Parteistandpunkt, wobei man das meiste zwischen den Zeilen herauslesen muß. Erst dann kann man nämlich die arge Verstimmung der Franzosen über die Stellungnahme der Bankiers in London erkennen.

Das Unbehagen der französischen Öffentlichkeit über diese neue Wendung der Konferenz ist ganz unverkennbar. Das „Petit Journal“, das Blat Loucheurs, bedauert, daß diese Besprechung nicht schon zwei Tage früher stattgefunden habe. Dann hätte nämlich auch der amerikanische Bankier Otto Kahn daran teilnehmen können. Dieser wäre aber vor zwei Tagen aus London abgereist. Dabei sei Kahn einer der besten Kenner der französischen Finanzen und immer bereit gewesen, die Interessen Frankreichs energisch zu vertreten. Das Blatt drückt dann sein Erstaunen darüber aus, daß die amerikanischen Bankiers jetzt auch Politik trieben und fragt weiter, ob Normann und Lamont wirklich sicher wären, die Ansicht der Geldverleiher zu vertreten.

Unter „politischer Betätigung“ verstehen die Franzosen offenbar den energischen Widerspruch der amerikanischen Bankiers gegen jedes isolierte Vorgehen Frankreichs.

### Deutschlands wirtschaftliche Räumung.

London, 22. Juli. Der Unterausschuß der interalliierten Konferenz, welcher das Schema für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes erörtert, hat mit der verwickeltesten schwierigen Aufgabe stetig Fortschritte gemacht. Es verlautet, daß grundsätzlich ein volles Einverständnis erzielt ist, und daß gestern abend einige Stunden lang Beratungen mit verschiedenen Sachverständigen des Organisationsausschusses für den Dawesplan stattfanden über den Vorschlag, die endgültigen Zeitabschnitte und Daten festzulegen, an denen die verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Befragung beendet werden könnten. Diese Punkte hängen vorwiegend mit der Aussetzung der Micumbestimmungen für die Kontrolle der Bergwerke und mit der Rückgabe der Leitung der deutschen Industrie an die Deutschen zusammen. Eine Verzögerung ist erfolgt durch den großen Umfang der der Kommission aufzulegenden Arbeit. Man hofft indessen, daß der Unterausschuß seine Arbeiten so zeitig beendet haben wird, daß er dem Gesamtausschuß heute in späterer Stunde Bericht erstatten kann, in welchem Falle wahrscheinlich morgen eine Vollzung der Konferenz stattfinden wird.

### Für Wiedereinstellung abgebauter Beamter.

Berlin, 22. Juli. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt-Stettin und andere deutschnationale Abgeordnete haben im Reichstag den Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, 1. Bei etwaigem Bedarf von Beamten bei einer Reichsverwaltung in erster Linie die in den Wartezustand versetzten oder zur Entlassung kommenden leistungsfähigen Beamten wieder einzustellen. 2. Gleiche Maßnahmen für Arbeiter der Reichsbetriebe zu treffen. 3. Bei den Verwaltungen, die restlos ihre über 60 Jahre alten Beamten abgebaut haben, die dadurch frei gewordenen und abgesetzten Beförderungstellen unter gleichzeitigem Befall der Eingangsstellen wieder zuzusetzen. 4. In diese Stellen in erster Linie die über 60 Jahre alten, kurz vor der Beförderung abgebauten Beamten zu bringen.

Der Reichstagsabgeordnete Wolf-Stettin und andere deutschnationale Abgeordnete haben den Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung eines berufsständischen Umhauses des Schlichtungswesens und der Arbeitsgerichtsbarkeit vorzulegen. Der Entwurf soll als erster Schritt zur Überführung der gesamten Schlichtungstätigkeit und der Arbeitsgerichtsbarkeit in berufsständische Selbstverwaltung den wirtschaftlichen Berufsgruppen der einzelnen Gewerbe ausschließlich das Recht und die Macht geben, durch eigene Schlichtungsorgane und eigene Arbeitsgerichte Einzelstreitigkeiten im

Arbeitsverhältnis endgültig mit bindender Kraft zu schlichten bzw. zu entscheiden. Bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung sollen Schlichtungsausschüsse und Arbeitsgerichte der Berufsgruppen der einzelnen Gewerbe gegenüber staatlichen Schlichtungsausschüssen und Arbeitsgerichten den Vorrang haben. Das formelle Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss und Arbeitsgericht der Berufe ist durch eine Verordnung zu regeln.

## Leinerts Widerspruch.

Hannover, 22. Juli. Herr Oberbürgermeister Leinert, der Präsident der preussischen Landesversammlung will seinen Abbaubeschluss, den er seit langem hat kommen sehen, nicht aufzugeben lassen. Er hat gestern wegen irriger Anwendung der Gesetzesbestimmungen gemäß § 15 des Zuständigkeitsgesetzes zunächst beim Magistrat gegen seine sofortige Aufhebung Widerspruch erhoben. „Nötigenfalls“ will er sich an den Oberpräsidenten als die übergeordnete Behörde wenden. Er protestiert hiernach öffentlich gegen die sofortige Wirkung des Abbaubeschlusses.

Der Abbaubeschluss ist von der Plenarversammlung des Bürgervorsteherkollegiums gefasst mit der Unterschrift des Vorsitzers Dr. Menge dem Oberbürgermeister am letzten Freitag nachmittag übergeben und gleichzeitig dem Magistrat zugestellt worden. Das sehr umfangreiche Schriftstück zählt die Gründe einzeln auf. Die ständige Abwesenheit des Oberbürgermeisters, der durch sein parlamentarisches Amt in Berlin festgehalten wird, ist peinliche Mängelstände in der Verwaltung zeitig. Der Oberbürgermeister widme seine Kraft nicht der Stadt. Ein besonderes Presseamt hat geschaffen werden müssen, um ihn bei seiner jedesmaligen Rückkehr über die städtischen Geschäfte zu unterrichten. Es sind Schädigungen der Stadt und Unordnung in den Klassen eingetreten. Es wird aber auch dem Oberbürgermeister Fahrlässigkeit bei Abschluss von Verträgen und ungenügende Vorbereitung der Magistratsvorlagen vorgeworfen. Gerügt wird, daß unter seiner Leitung der Lebensmittelbezernent ohne Befragen des Bürgervorsteherkollegiums große Summen für überflüssige Lebensmittelankäufe bewilligt habe und daß die von dem Oberbürgermeister allein verschuldeten eigenmächtige Finanzierung der hannoverschen Wirtschaftsgemeinschaft die Stadt um mehrere Goldmillionen geschädigt habe. Die von den Bürgervorstehern verlangte Klarstellung der Verhältnisse durch eine Treuhandgesellschaft habe Herr Leinert abgelehnt. Seine Gesamtleistungen und sein Gesamtverhalten rechtfertigen den Abbaubeschluss.

Gegen den Beschluss hat der Oberbürgermeister fristgerecht Einspruch erhoben. In dem der Öffentlichkeit übergebenen Schriftstück führte er die Maßnahme auf politische Rücksichten des Ordnungsblocks und auf persönliche Gegnerschaft des Vorsitzers Dr. Menge zurück. Im übrigen rügt er eine Anzahl formaler Verstöße der Begründung im Abbaubeschluss und bezeichnet diese als „flagrante Gesetzesverletzungen“.

Der Magistrat hat jetzt zunächst das Wort. In der Bürgerschaft, soweit sie sich nicht zu den Parteifreunden Leinerts rechnet, ist sein Abbau im städtischen Interesse beifällig aufgenommen worden.

## Deutscher Reichstag.

Die kommunistische Tscheta.

Berlin, 22. Juli.

Als Präsident Wallraf die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten eröffnen will, schreien die Kommunisten, wie am ersten Sitzungstage wiederum im Chor: Heraus mit den politischen Gefangenen. Das Geschrei hält aber nur 5 Minuten an. Der Präsident teilt mit, daß die Reichsregierung die Verantwortung der kommunistischen Interpellation über die Hausführung im Reichstage abgelehnt habe, da es sich hier um eine richterliche Maßnahme handle. (Lärm bei den Komm.) Der Präsident gibt dann Auskunft über die Angelegenheit der Durchsuchung der Schränke der kommunistischen Abgeordneten im Reichstage. Das Schreiben des Untersuchungsrichters, in dem die Genehmigung zur Durchsuchung erbeten wurde, enthält die Namen von 16 Beschuldigten, darunter 6 kommunistische Abgeordnete: Fröhlich, Koenen, Kemmele, Stoeder, Pfeiffer und Lindau. Der Präsident erklärt, daß Landgerichtsdirektor Vogt mitgeteilt habe, daß die Durchsuchung zur Auffindung sehr vieler und sehr wichtiger Schriftstücke über den Hochverrat und über die kommunistische Tscheta geführt habe. Darauf sei die Beschlagnahme der Hochverratsgegenstände genehmigt worden.

Zur Beratung gestellt werden dann die kommunistischen Anträge die sich gegen die Hausführung im Reichstage richten, ebenso die von der Regierung abgelehnte kommunistische Interpellation zu dem gleichen Gegenstand.

Abg. Kay (Komm.) wirft der Polizei vor, sie habe im Reichstag wie die Vandalen gehandelt. (Widerspruch.) Die Durchsuchung und Beschlagnahme, die nicht das geringste Ergebnis, das auf Hochverratspläne hindeuten könnte, gehabt habe, sei ein schwerer Bruch der Reichsverfassung.

Abg. Graf Westarp (Ntl.) weist unter großem Lärm der Kommunisten die Angriffe des Abg. Kay gegen den Reichstagspräsidenten zurück. Der Redner habe Material vorgelegt, das der Untersuchungsrichter zurückgegeben habe, weil sich daraus keine Beschuldigungen ergeben. Das er innert an den Angeklagten, der sagte: Hier sind zwei Zeugen, die gesehen haben, daß ich geschlagen habe. Ich kann 100 beibringen, die es nicht gesehen haben. Der Redner fordert Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen den Präsidenten.

Abg. Dr. Levi (Soz.) beantragt Ueberweisung der Anträge an den Geschäftsausschuss. Es sei bisher nicht üblich gewesen, daß der Präsident in direkten Verkehr mit dem Untersuchungsrichter trat. Die Durchsuchung widerspreche dem Zweck und dem Sinn der Verfassung.

Präsident Wallraf widerspricht der Auffassung, daß das Reichstagspräsidium in solchen Fällen bisher nur in Verbindung mit den Zentralinstanzen gehandelt habe. Nach dem alten Rechtsfahne, dem Angeklagten möglichst Freiheit zur Verteidigung zu geben, habe er es für eine vornehme Pflicht gehalten, alle gegen ihn selbst gerichteten Angriffe des Abg. Kay, die bis zum Vorwurf des politischen Lustmörders gingen (Heiterkeit), zu überhören. Das bedeute aber nicht, daß er künftig ähnliche schwere Angriffe gegen Beamte und Behörden durchgehen lassen werde. (Beifall.)

Abg. v. Graefe (Natsoz.) bedauert die Zustimmung des Präsidenten zur Durchsuchung. Es sei ein Hohn auf die Verfassung, wenn Reichstanzler und Außenminister nicht das ganze Parlament oder die Parteiführer unter Ausschluß bestimmter Parteien über ihre Politik informieren. Die Nationalsozialisten würden sich bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den Reichstagspräsidenten. Es wird namentlich abgelehnt.

Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die D. Vp., die Demokraten und die Wirtschaftliche Vereinigung. Die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten enthalten sich der Abstimmung. Dafür stimmen also nur die Kommunisten. Das Mißtrauensvotum wird daher mit 169 gegen 49 Stimmen bei 106 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit, Lärm der Kommunisten.)

Die übrigen Anträge zur Hausuntersuchungsangelegenheit werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Ausschussantrag, die vom Hamburger Untersuchungsrichter geforderte Genehmigung zu Verhaftung der Vorsitzenden der kommunistischen Fraktion, Thälmann, zu gewähren, wird auf Antrag des Abg. Loebe an den Ausschuss zurücküberwiesen.

Abg. Graf Westarp (Deutschn.) berichtet über einen Antrag des Auswärtigen Ausschusses auf Verberung der Geschäftsordnung, weil durch das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten die Vertraulichkeit der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses nicht gesichert sei. Die Kommunisten hätten auf Anweisung von Moskau erklärt, daß es für sie keine Vertraulichkeit gebe. Der Antrag wird dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 2 Uhr: Anträge des sozialen Ausschusses. Schluß 8 Uhr.

## Deutsches Reich.

Besprechung mit den Parteiführern. Der Reichstanzler empfing Dienstag nachmittag 6 Uhr die Parteiführer des Reichstages mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten. Von den Deutschnationalen waren Grellez, Herdt und Professor Hoersch erschienen. Der Reichstanzler unterrichtete die Parteiführer vertraulich über zum Dalves-Gutachten auszuarbeitende Gesetzesentwürfe. Von anderer Seite hören wir, daß in dieser Besprechung, an der auch der Außenminister, der Finanzminister und der Innenminister teilnahmen, die parlamentarische Lage besprochen ist, wie sie sich in den nächsten Tagen gestalten kann. Ueber den Inhalt dieser Besprechung wird jedoch die Vertraulichkeit vollkommen gewahrt.

Die Vaterländischen Verbände gegen London. Das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände hat in einem Schreiben die Reichsregierung aufgefordert, einer etwaigen Vorladung nach London zwecks Entgegennahme bereits gefasster Beschlüsse der Ententestaaten unter keinen Umständen zu entsprechen. Eine deutsche Regierung — so heißt es in dem Schreiben — dürfe sich niemals zur Vollstreckung feindlicher Verhaftungsabsichten erniedrigen. Für den Fall, daß die Reichsregierung als gleichberechtigter Verhandlungsteilnehmer eingeladen werden sollte, richten die Vaterländischen Verbände an die Reichsregierung die Frage, ob sie ernsthaft glaubt, daß das deutsche Volk in seiner heutigen Lage imstande sei, die geforderten Tribute leisten zu können. Es könne unmöglich der Fall sein, daß eine neue deutsche Unterschrift den feindlichen Staaten nur ein längst erwünschtes Rechtsmittel zu neuen Gewaltmaßnahmen liefern würde.

Der neue Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter. Der neue Reichsmanteltarif für die Gemeindearbeiter ist in Kraft getreten. Er besteht zum größten Teil aus einer Vereinbarung zwischen dem Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter und dem Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen. Einige Bestimmungen, wie z. B. die Arbeitszeitregelung beruhen auf dem Schiedsspruch, einer Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Juli, der unter dem 21. Juli vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist. Der Reichsmanteltarif gibt für etwa 1200 Kommunalverwaltungen und 170 000 Gemeindearbeiter.

Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Müller-Franken (Soz.) zu einer Erörterung der außenpolitischen Lage zusammen. Die Sitzung war außerordentlich zahlreich besucht, die Ausschussmitglieder waren fast vollständig vertreten. Dr. Strefemann ergriff sofort das Wort zu längeren Ausführungen über die politische Situation. Er sprach hauptsächlich über den bisherigen Verlauf der Londoner Verhandlungen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach über den Bankgesetzentwurf, Staatssekretär Trenbelenburg über das Industrieobligationsgesetz und Reichsverkehrsminister Defer über das Reichsbahngesetz. Nach Entgegennahme der Reserate vertagte der Ausschuss die politische Aussprache auf Mittwoch.

## Auslands-Rundschau.

Ueber die Ermordung des amerikanischen Konsuls in Teheran werden eine ganze Reihe von Einzelheiten mitgeteilt. Danach soll der Konsul schon vor einiger Zeit die Befürchtung geäußert haben, daß er auf der Liste der von den Bolschewisten zum Tode Verurteilten stünde. Bekanntlich war der ermordete Konsul früher als Botschafter in Petersburg und war Zeuge des dortigen Schredensregiments der Bolschewisten gewesen. Minimal naheinander war er aus Petersburg ausgewiesen worden, hatte sich aber verkleidet wieder nach Russland begeben. Die Kommunisten hatten ihm deshalb den Tod zugeschworen. Schon während seines Aufenthaltes in Angora hatte der russische Botschafter dort ein Attentat auf ihn inszeniert. Man hat daher allen Grund für die Annahme, daß Agitatoren aus Sowjet-Russland an der Ermordung des amerikanischen Konsuls in Teheran eine wichtige Rolle spielen.

Los von England! Auf einem Fest, das zu Ehren einer Deputation der indischen Nationalversammlung in London veranstaltet wurde, wurde von Mitgliedern der Deputation über das englisch-indische Verhältnis erklärt: Sollte die von der Nationalversammlung vorgeschlagene Verfassung nicht angenommen werden, so ist zu befürchten, daß die indische Bevölkerung aus dem britischen Reichsverbande ausscheidet.

Die Deutschen in der Tschechoslowakei. Der deutsche Abgeordnete Kropel forderte in einer Rede die Zulassung der Deutschen der Tschechoslowakei zu der ihnen gebührenden Macht im Staate. Ohne die Arbeit der dreieinhalb Millionen Deutschen gäbe es keine tschechoslowakische Republik. Die Deutschen würden sich auf die Dauer nicht mit einer zweiklassigen Stellung begnügen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei suchten ihre Rechte auf dem Wege der Vernunft und der parlamentarischen Verhandlungen zu fördern; wenn aber durch Verhandlungen und Leistungen nichts zu erreichen sein werde, dann würden die Deutschen in der Tschechoslowakei ihre Rechte auch anders vertreten.

## Volksleben und Wirtschaft.

Die Wünsche der preussischen Justizobersekretäre. Der Verband der preussischen Justizobersekretäre veranstaltete eine vom Reichsverband deutscher Sekretäre und Obersekretäre einberufene Versammlung. Die einheitliche Stellung für alle Sekretäre, gleichgültig ob im kommunalen oder Staatsdienst und bei allen Verwaltungen, müsse erreicht werden. In diesem Sinne wurde eine Resolution einstimmig angenommen.

Neuorganisation der Großschlächter. Mit der Bezeichnung „Reichsverband der Deutschen Großschlächter“ hat sich in Berlin eine Spitzenorganisation der Deutschen Großschlächter gebildet. Bei der Gründungsversammlung traten 21 größere Vereine und Verbände dem neu entstandenen Verband bei. Es handelt sich um die Neubildung einer Großwirtschaftsorganisation, deren Mitglieder vorwiegend aus Großkaufleuten bestehen. Der Reichsverband verfolgt lediglich wirtschaftliche Ziele. Er bildet auf der neutralen Berufsgrundlage die geschlossene Ständevereinigung aller Großschlächter Deutschlands gegenüber den Behörden, den Parlamenten und den Organisationen des Reiches und der Länder. Die der Organisation korporativ beizutretenden Vereinigungen schließen sich zu Provinzial- und Landesverbänden zusammen. Mit den Spitzenverbänden verwandter Wirtschaftszweige ist engste Gemeinschaftsarbeit geplant. Der Sitz des Reichsverbandes ist in Berlin.

## Bermischtes.

Sturmshaden in Hamburg. Der in Hamburg herrschende Weststurm brachte für den Hafen einen Wasserstand von 11,5 Fuß über Null. Die Windstärke stieg auf 7,8, ging aber auf 6 zurück, artete dann wieder böenartig aus. Es ist also vorläufig ein weiteres Steigen des Wasserstandes zu erwarten. In der St. Pauli-Landungsbrücke ist eine mit Kohlen beladene Schute während des Unwetters voll Wasser gefüllt und gesunken. Ein Taucher ist mit der Hebung des Fahrzeuges beauftragt.

Vorausichtlich auch Rundfunk im besetzten Gebiet. Es ist zu erwarten, daß noch im Laufe des Herbstes der Rundfunkverkehr im besetzten Gebiet freigegeben wird.

Die „gefährlichen“ Waffen. Auf dem Jahrmärkte wurden zwei junge Leute wegen unerlaubten Waffentragens von den Franzosen verhaftet. Sie hatten sich auf dem Jahrmärkte als Degenschluder ausgegeben.

Das Egerkraftwerk in Betrieb. Das Egerkraftwerk bei Kaaden a. d. Eger ist in Betrieb genommen worden. Die Leistung des Kraftwerkes wird auf 35 Millionen Kilowatt geschätzt. Somit ist einer der wichtigsten Wasserfälle der Eger zum größten Kraftwerk in Deutsch-Böhmen ausgenutzt.

Die Firma Lanz führt den Betrieb fort. Die Firma Heinrich Lanz, die eine Stilllegung ihres Betriebes angekündigt und ihren Arbeitern gekündigt hatte, wird mit Rücksicht auf allerdings noch nicht abgeschlossene Verhandlungen über die Erlangung eines Kredites ihren Betrieb vorläufig auf acht Tage weiter führen.

Stanzleistung eines Flugzeuges. Der Flugzeugführer Kraut vom Deutschen Aero-Club, der die Strecke Königsberg — Danzig — Berlin fliegt, hat auf dem Luftwege jetzt 100000 Kilometer zurückgelegt, ohne daß sein Flugzeug je eine Beschädigung erlitten hätte.

Erdbeben am Afrowschen Meer. Die Küste des Afrowschen Meeres in der Gegend der Straße von Kertsch ist von einem Erdbeben heimgesucht worden.

Zuckererbsen aus Pharaonengräbern. Wenn man den Mitteilungen eines großen englischen Handelsgärtners glauben schenken darf, haben sich die in ägyptischen Gräbern gefundenen Zuckererbsen ihre Keimkraft durch die Jahrtausende ungleich besser bewahrt als die dort gefundenen Getreidekörner, deren Keimkraft nach Ausweis wiederholter Versuche erstorben war. Der erwähnte Gärtner, namens Stewart, der auf der Insel Rue große Anlagen besitzt, hatte von einer Reise in Ägypten eine Handvoll Zuckererbsen, die neben der Wurme eines Pharaos gefunden worden waren, mitgebracht und konnte der Versuchung nicht widerstehen, sie auszusäen. Nach einigen Wochen zeigten sich auch zu seinem Erstaunen bis zu mehreren Metern kräftig in die Höhe und setzten Blüten an, die statt der gewohnten weißen Farbe dunkelrot und am Rand gelb gefärbt waren. In der Folge entwickelten die Pflanzen Schoten von 6—8 Zentimeter Länge mit Erbsen, die (Man darf wohl ein großes Fragezeichen hinter diese Angaben setzen. Schriftstg.)

Heilige Zahlen. Die gleiche bedeutungsvolle Rolle, die im Altertum bei den Mathematikern, Philosophen und Propheten die Zahl 3 spielte, fiel in religiösen, künstlerischen und symbolischen Rundgebungen der alten Zeit der Zahl 7 zu. Diese Rolle verdankte sie vermutlich der Zahl der sieben bemaltes bekannten beweglichen Gestirne. 7 Lichter der Tiere der Leuchter im Tempel Salomons, 7 war die Zahl der Tiere der Apokalypse, 7 Mauern umgaben den Tempel von Jerusalem, 7 die Tore von Theben und Byzanz, 7 Pfeifen zählte die Panflöte, 7 Seiten die Lira des Apollo. In 7 Kasten aberteilte sich das ägyptische Volk und in ebenso viele das indische. 7 Erzengel besaßen Chaldäer und Juden. Die gleiche Zahl zeigen die Tempel und die Heiligen der Dramen, sowie die heiligen Steine in Lakonien. In der Zahl 7 ercheint schließlich auch die fetten und die maacren Rube. Auch die Zahl 360, die der ältesten Zeit als Anzahl der Tage des Jahres galt, stand in der Antike in hohen Ehren. Sie spielt in der Theologie des Homer eine Rolle, und die gleiche Zahl zeigen auch die Schalen, die die ägyptischen Priester mit Nilwasser füllten, um sie an einem bestimmten Tage in das heilige Gefäß zu schütten, da ein der Stadt Memphis Rand.

In der Zahl von 360 erscheinen auch die Götterbilder, die den Palast der Dairer in Japan schmücken.

**Bismarck über Rußland.** In einem Tischgespräch charakterisierte Bismarck die Russen folgendermaßen: „Der Russe wird den Deutschen nie unterlegen können. Der Russe ist ein sehr liebenswürdiger Mensch, er hat Geist, Phantasie, ein angenehmes Benehmen, gefällige Talente, aber täglich auch nur acht Stunden arbeiten und das sechs mal in der Woche und zwei und fünfzig Wochen im Jahre — das wird in Ewigkeit kein Russe lernen. Ich erinnere mich der betreffenden Worte, die ein russischer Militär in meiner Gegenwart äußerte. Die Unterhaltung berührte den Umstand, daß so viele Offiziere deutscher Abstammung in der russischen Armee bis zum General avancieren. „Wie sollte ein Deutscher nicht General werden“, sagte jener Militär, „er trinkt nicht, er stiehlt nichts, er ist nicht lieberlich, er reitet sein Pferd selber, da muß er es schon bis zum General bringen.“ Gesprächsweise wandte Bismarck ein anderes mal folgenden treffenden Vergleich auf Rußland an: „Rußland gleicht einem starken, gesunden Mann, der von einer Krankheit befallen ist. Wenn er hat annehmen und zwei oder drei Wochen zu Hause bleiben würde, wird er unmittelbar wohl werden und so stark wie je; aber wenn er darauf bestehen will, auszugehen, umherzuwandern und draußen Geschäfte zu erledigen, als wenn er wohl wäre, wird sich seine Krankheit fest auf ihn legen und vielleicht wird er sterben. Zwei oder drei Wochen im Leben eines Mannes bedeuten zwanzig oder dreißig Jahre im Leben einer Nation. Rußland muß zu Hause bleiben.“ Es hat eine große Zukunft; seine Wägen sind die besten Kerle in der Welt; in der Mitte ist es kalt, der Beamtentadel ist ein giftiges Geschwür, welches seine Eingeweide hinwegrafft.“

## Die Alpenseen als Wärmequelle.

Ueber die Wärmeverhältnisse der Alpenseen und einiger Seen Nordeuropas hat Professor Eduard Brückner, der bekannte Geograph und Klimatologe, sehr interessante Untersuchungen angestellt. Brückner erklärt die Temperaturverhältnisse der Seen auf folgende Weise:

Die Temperatur des dem See zufließenden Wassers kann deshalb nicht maßgebenden Einfluß auf die Oberflächentemperatur ausüben, weil das kalte zufließende Wasser sofort bei der Einmündung in den See in die Tiefe sinkt. Dagegen zeigt sich bei einem Vergleich der Seen, daß alle Seen mit gemäßigter Temperaturschwankung ein großes Einzugsgebiet besitzen, also viel Wasser durch Zuflüsse empfangen, daß alle Seen mit extremen Schwankungen nur ein kleines Einzugsgebiet aufweisen, also nur wenig Wasser durch Zuflüsse erhalten. Brückner stellt dementsprechend den folgenden Satz auf: „Großer Zufluß ist in unserem jenseitigen Klima gleichbedeutend mit großem Abfluß, kleiner Zufluß mit kleinem Abfluß. Nicht die Größe des Zuflusses, sondern die Größe des Abflusses entscheidet über die Oberflächentemperatur des Sees.“ Denn da der Abfluß gerade das Oberflächenwasser des Sees abzieht, wird bei großem Abfluß im Sommer eine Menge des obersten, wärmsten Wassers abgeführt, um abkühlend zu wirken. Im Winter wiederum wird eine Menge des obersten kältesten Wassers abgeführt und warmes Tiefenwasser erscheint an der Oberfläche, um erwärmt zu wirken.

So wird ohne weiteres klar, daß Seen mit großem Abfluß im Sommer kühl, im Winter warm sein müssen. Daß es dabei nicht auf die absolute Wasserführung des Abflusses, sondern auf die Größe in Beziehung zur Größe des Sees ankommt, ist selbstverständlich. Ein Vergleich der Oberflächentemperaturen der verschiedenen Seen im kältesten und wärmsten Monat zeigt die Bestätigung des Brücknerschen Gesetzes. Genfer See 5,8 Grad: 19,1 Grad; Bodensee 3,8 Grad: 17,5 Grad; Hallstättersee 2,8 Grad: 13,3 Grad; sämtlich sommerkühl und winterwarm, haben sehr große Abflüsse, Rhone, Rhein und Traun. Den sehr extremen Zellsee 1,0 Grad: 17,5 Grad, verläßt nur ein winziger Bach; auch der extreme Bröcher See 1,5 Grad: 22,3 Grad, und der Müllstätter See 1,6 Grad: 20,3 Grad, haben nur einen ganz kleinen Abfluß. Den theoretisch-gemäßigten Wocheiner See 2,8 Grad: 16,1 Grad verläßt dagegen die verhältnismäßig große Wocheiner Save. Der Abfluß des Garda-Sees ist der Minchio; er ist starklich, aber kleiner als die Adva aus dem Comer-See. Daher ist der Comer-See im Sommer weit kälter als der Garda-See. Den extremen Lugano-See, 6,4 Grad: 23,6 Grad, der nur ein kleines Einzugsgebiet besitzt, entwässert die kleine Trensia, daher seine hohen Temperaturen im Sommer. Diese theoretischen Betrachtungen können zu höchst praktischer Anwendung führen, wenn durch technische Anlagen die Temperaturen eines Sees erhöht oder erniedrigt wird. So soll beim Traunsee durch einen Einbau die Traun Wasser nur aus der Tiefe des Sees erhalten, die Oberfläche des Sees also, die heute ganz allein die Traun speist, dem See erhalten bleiben; dadurch würde im Sommer eine Erhöhung der Temperatur bewirkt. So sehen wir eine Zeit kommen, in der die Gewässer der Alpen nicht nur zur Erzeugung elektrischer Kraft, sondern auch als Wärmequelle ausgenutzt werden.

## Gerichtliches.

Der Kommunistenüberfall in Halle während des Deutschen Tages hatte ein gerichtliche Nachspiel vor dem erweiterten Schöffengericht in Halle. Insgesamt hatten sich 19 Angeklagte zu verantworten. Die Vernehmung der Zeugen ergab, daß dem Aufmarsch ein fester Plan zugrunde lag. In Böllberg hatten die Kommunisten schon am Tage vorher für etwa 30 Sanitäter und 2 „Offiziere“ aus Berlin Unterkunft bestellt. Der Zug, der schließlich am 11. Mai nach Böllberg kam, zählte annähernd 2000 Mann. Es erhielten die Angeklagten Besemann-Erfurt 6 Monate Gefängnis und 30 Mark Geldstrafe, Zimmermann-Weißfels 100 Mark, Seibold-Mue, Kestler-Borna, Berndt-Leipzig, Büttmann-Leipzig, Merker-Leipzig je sechs Monate Gefängnis, Elbrich-Elgersberg 7 Monate, Krone-Leipzig 7 Monate, Schöber-Rotha 8 Monate, Müller-Leipzig 1 Jahr, Zahn-Erfurt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Morgenstern-Chemnitz 100 Mark Geldstrafe. Heber, Schulz und Scheibel wurden freigesprochen.

Das Urteil im Königsberger Kommunisten-Prozess lautete gegen Lebendahl 7 Jahre Zuchthaus, Kalcher 6 Jahre Zuchthaus, Seibold 5 Jahre Zuchthaus, Baumann 4 Jahre Gefängnis, Raudsch 2 1/2 Jahre Gefängnis, Bartel 2 Jahre Gefängnis, Lorenz, Medlenburg, Lollies und Hoffmann je 1 1/2 Jahre Gefängnis und Kahl zwei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungsakten als verbüßt erachtet werden.

Die Urteilsbegründung bemerkte, daß der Staatsgerichtshof es als erwiesen erachte, daß die K. P. D. beschlossen hatte, nach einem genau festgelegten Plan ihre Ziele zu erreichen, nämlich den Sturz der Regierung und Errichtung einer Arbeiterregierung. Die Angeklagten sollten diese Aufgabe in Ostpreußen erfüllen. Auf Zuchthausstrafe mußte anerkannt werden, weil das Gesetz zum Schutze der Republik diese Strafe vorsieht, obwohl der Gerichtshof keine ehrlose Gesinnung der Angeklagten annahm. Es galt auch, die schon abgetrennte Provinz Ostpreußen nach Kräften zu schützen.

## Stadt. Kreis. Provinz.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Goldmark: Schweinefleisch 0,40—0,70, Rindfleisch 0,60—1,00, Kalbfleisch 0,70—1,00, Hammelfleisch 0,60—0,90, Flunders 0,20—0,30, Mohrrüben 0,15, Kürbissen 0,50, Rhabarber 0,10, Tomaten 0,30 bis 0,90, Erdbeeren 0,70, Blumenkohl 0,40—0,60, Zwiebeln 0,40, Schoten 0,40, Birnen 0,50, Bohnen 0,70 das Pfund, Salat 0,05 der Kopf, Radishesen 0,10 das Bund, Blaubeeren 0,25, Pfefferlinge 0,25, Johannisbeeren 0,30 das Liter.

Das zweite Drittel des Sommers beginnt mit den Hundstagen (nach dem Sirius oder Hundestern genannt), die sich einen vollen Monat bis zum letzten Drittel des August erstrecken. Dann folgt der Nachsommer als Vorbote des Herbstes. Wir haben jetzt die Hauptzeit für die Getreideernte, denn die Hundstage gelten zum größten Teil und nicht mit Unrecht als die wärmste Zeit des Jahres. Die Ernte, die durch die Hitzewochen eine gute Vorbereitung erfahren hat, dürfte, wenn kein bedeutender Wetterumschlag eintritt, verhältnismäßig schnell beendet werden.

Ermittelt wurde der Dieb, der das Fahrrad aus einem Hausflur in der Gockstraße entwendete. Das Fahrrad wurde beschlagnahmt und dem Eigentümer zurückgegeben.

Die Kapelle ehemaliger Militärkapellmeister c. B., unter Direktion des Kapellmeisters E. Mißlaff, hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens unter der zielbewußten Leitung Mißlaffs demmaßen gut eingepiekt, da man glaubt, eine der besten Infanteriekapellen der Vorkriegszeit konzertieren zu hören. Das hat sie in ihren mehrfachen Konzerten gezeigt, das bewies sie gestern im schönen Schützenhausgarten wiederum. Das Konzert, dessen Zusammenstellung dem Leiter und dessen Ausführung diesem und der Kapelle als äußerst gelungen angesehen werden muß, hatte eine sehr große Zuhörerschaft in den Schützenhausgarten gelockt. Kein und schön klang namentlich die Hornmusik und auch die Holzbläser gaben ihr Bestes. Ueber die Zusammensetzung des Orchesters läßt sich gleichfalls nur Gutes sagen. Willig hingehend folgte die Kapelle ihrem kunstverständigen Leiter. Kurz, das gestrige Schützenhauskonzert zeigte, daß wir von der Kapelle in der Zukunft noch viel mehr erwarten dürfen. Dafür bürgt auch der gute Ruf ihres Leiters.

Schlawe. Nach langen wiederholten Bemühungen ist es dem Magistrat gelungen, endlich von der Regierung die Genehmigung zur offiziellen Einweihung des Schlawer Kriegdenkmals zu erhalten.

Bütow. Die frühere Bezirkshebamme Sill in Borntuchen, die am 1. Oktober v. J. in den Ruhestand getreten ist, blühte auf eine 40jährige Tätigkeit in ihrem verantwortungsvollen Beruf zurück. Aus diesem Anlaß wurde ihr am 16. d. Mts. im Kreisjahnsaal inmitten ihrer Kolleginnen durch Medizinalrat Dr. Hülsmeier ein ihr vom Minister für Volkswohlfahrt verliehenes Gedächtnisblatt, sowie eine vom Kreisaußschuß gestiftete Spende unter ehrenden und anerkennenden Worten überreicht.

Pollnow. Am Freitag wurde der Güterzug mit Personbeförderung 9441 dadurch gefährdet, daß in Kilometer 35,35 der Strecke Gramenz-Pollnow zwischen den Bahnhöfen Gerfin und Gupmin von Bubenhund eine Eisenbahnschwellenschraube zwischen den Stöß zweier Schienen in die sogenannte Wärmelücke hineingetrieben wurde. Verletzungen von Personen, Beschädigung des Wagnis und des Zuges 9441, der mittags gegen 1 Uhr die gefährdete Stelle passierte, sind verhütet worden. Die Reichsbahndirektion Stettin wird für Ermittlung der Täter oder für zweckdienliche Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen, eine entsprechende Belohnung aussetzen.

Pollnow. Der zehnjährige Sohn des Arbeiters M. geriet in die Versuchung, bei einem Händler, wo er Blaubeeren verkaufte, einen Gelbbetrag von 165 Mark zu entwenden. Durch größere Gelddarstellungen fiel der Junge einem Geschäftsmann auf, der die Polizeibehörde benachrichtigte. Sie nahm den Buben fest und konnte ihm noch einen größeren Teil des Geldes abnehmen.

Swinemünde. Der in der Neuen Apotheke angestellte Assistent Hans Lütewohl nahm am Sonnabend in früher Morgenstunde vom Seesteg aus ein Freibad. Dabei ertrank er, ohne daß der Unfall sofort bemerkt wurde. Die Leiche konnte bald geborgen werden.

Ufedom. In der Nacht zum zweiten Schützenfesttage wurde die anlässlich des Schützenfestes gehobte schwarzrotgoldene Fahne vom Rathause heruntergeholt und entwendet. Bergen a. Rüg. Hier wurde der Kaufmann Werner Tesch wegen Betrügereien und Schwindelereien festgenommen. Er hat Schecks ausgegeben, für die keine Deckung vorhanden war. Hauptächlich hat er es in Hotels und Gasthäusern getan.

## Letzte Meldungen.

Noch keine Einigkeit in London.

London, 22. Juli. Bezüglich der Schwierigkeiten, die entstanden sein sollen hinsichtlich der Anzweiflung der Bankiers über den Beschluß des ersten Komitees für die Frage der deutschen Verlehlungen, erfährt Neuter, daß dieser Punkt nicht als ernste Krise angesehen werden könne. In Wirklichkeit handelt es sich nur um das Wiederauftauchen gewisser Zweifel und Befürchtungen seitens der Bankiers und um den wiederholten Hinweis desselben auf die Notwendigkeit angemessener finanzieller Sicherheit für die Zeichner der deutschen Anleihe. Diese Besorgnisse werden selbstverständlich beseitigt werden müssen. Zu diesem Zweck traten daher die Vertreter der Bankiers mit den Finanzfachverständigen heute zu einer Konferenz zusammen. Während die allgemeine Auffassung über eine eventuelle Einigung optimistisch ist, kann nicht verhehlt werden, daß hinsichtlich dieser Schwierigkeiten die Lage nicht vollkommen geklärt scheint. Ueber die weitere Tätigkeit der Konferenz erfährt man, daß der Unterausschuß des zweiten Komitees im Laufe des Vor-

mittags wieder zusammentrat. Man hofft, daß dieses Komitee heute nachmittag seinen Bericht fertiggestellt haben wird. Herriot gegen Zulassung Deutschlands.

Paris, 22. Juli. Nach dem Londoner Sonderberichterstatteur der Agentur Havas brachte Macdonald heute in seiner Unterredung, die er vormittags mit Herriot, de Stefani, Theunis und dem Votschaster Kellogg hatte, die Berufung der Deutschen zur Konferenz zur Sprache. Ein Beschluß sei nicht gefaßt worden. Die englische Delegation habe den Auftrag erhalten, ihren Standpunkt zu dieser Frage schriftlich niederzulegen. Die französischen Rechtsfachverständigen würden das Memorandum prüfen und die französische Delegation werde auf Grund des Gutachtens dazu Stellung nehmen, ob die Deutschen unmittelbar in London gehört werden sollen, oder später an die Reparationskommission verwiesen werden sollen. Auf alle Fälle werde man französischerseits der Anhörung der Deutschen nicht zustimmen, bevor die Konferenz zu einer Verständigung über die Entschleunigung der drei Kommissionen gelangt sei.

### Die Garantieforderungen.

Paris, 22. Juli. Wie der Londoner Sonderberichterstatteur der Havasagentur meldet, wird heute nachmittag die Diskussion der gestern abend von den englischen und amerikanischen Finanzleuten gestellten Garantieforderungen in einer Besprechung zwischen Macdonald, Herriot, Clementel, Theunis de Stefani, Snowden, Montagu Norman, Sir Robert Kinderkling, Owen Young und Lamont im Kabinett des englischen Premierministers im Unterhause wieder aufgenommen werden. In der Unterredung, die Macdonald heute vormittag mit den Delegationsführern in der Downing Street hatte, wurden, wie der Berichterstatteur meldet, verschiedene Vorschläge zu dieser Angelegenheit erwoogen. Sie sollen im wesentlichen darin bestehen, daß der durch einen amerikanischen Delegierten verstärkten Reparationskommission die Feststellung der Verlehlungen Deutschlands überlassen bleibt, jedoch mit neuen Garantien umgeben werden soll. So würde man sich nicht mehr mit der vorherigen Stellungnahme des Generalagenten für die Reparationszahlungen und des Vertreters der ausländischen Anleihe für die Obligationsträger begnügen. Vielmehr hätte die Reparationskommission vor der Beschlußfassung entweder das alte Sachverständigenkomitee, d. h. die Verfasser des Dawesplanes, oder aber den Finanzaußschuß des Völkerverbundes zu Rate zu ziehen. Nach dem Berichterstatteur geht einer dieser Vorschläge von Theunis aus, der sich hierbei auf Paragraph 7 Anhang 7 zu Teil 8 des Friedensvertrages stützt.

## Handelsnachrichten.

### Der Dollar 4 200 000 000 000

(unverändert)

Goldmark = 1 Billion.

	22. 7.	21. 7.	
	(In Billionen Mark.)		
	8.	9.	9.
100 holländische Gulden	160,45	161,25	160,80
100 belgische Franken	19,35	19,45	19,45
100 norwegische Kronen	56,06	56,34	56,34
100 dänische Kronen	67,73	68,07	67,77
100 schwedische Kronen	111,57	112,13	111,98
100 Danziger Gulden	73,70	74,06	73,86
100 italienische Lira	18,12	18,22	18,20
1 englische Pfund	18,42	18,51	18,46
1 Dollar	4,19	4,21	4,21
1 argentinischer Peso	1,34	1,35	1,35
100 französische Franken	21,65	21,75	21,80
100 spanische Peseten	77,26	77,64	76,84
100 japanische Yen	55,46	55,74	55,74
100 tschechische Kronen	12,47	12,53	12,51
100000 österreichische Kronen	5,91	5,93	5,94

Mittagsbörse (Amtlich) Getreide und Oelseten per 0001 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 172—179. Mitteldeutscher — Roggen Märk. 130—137. Westf. — Pomm. — Braugerste 155—165. Futtergerste 150—155. Hafer Märk. 139—144.

Weizenmehl 24,00—27,50 Roggenmehl 20,50—23,00. Weizenkleie 9,00—9,80. Roggenkleie 9,50—9,60. Raps 275. Leinöl 350—360. Vittoriaerbsen 20—21. Kleine Speiseerbsen 14—15. Futtererbsen 14. Pelusiden 14. Aderböhen 14—15. Widen 15—16. Lupinen blaue 9,20—10, gelbe 16—17,50. Rapskuchen 10,50—10,60. Leinölkuchen 19—20. Trodenkorn 8,80—9. Bodwertige Zuderstrahl 19—20. Kartoffelflocken 20,50—21.

Amtlicher Berliner Frühmarkt. Hafer 162—165, Gerste 187—195, Mais 180—182, Roggenkleie 102—104, Weizenkleie 102—104.

### Berliner Buttermotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Buttermotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 22. Juli 1924. 1. Qualität 1,62, 2. Qualität 1,47, abfallend 1,32 Goldmark.

Tendenz: ruhiger.

Stolperfertelmarkt vom 23. Juli. Auftrieb 159 Stück. Es wurden 11—18 Mark bezahlt. Der Markt wurde nicht geräumt.

## F. W. Feiges

### Buchdruckerei

Stolz i. Pom.

## Drucksachen

in ein- und mehrfarbiger Ausführung für Handel- und Gewerbetreibende sowie Behörden, Private u. Vereine

# Tote, die leben!

Wiener Original-Roman von A. Gottner-Grese.

16. Fortsetzung

(Nachdruck verboten)

Das Mädchen antwortete nicht. Nach einer Weile fragte es mit halber Stimme:

„Nof — es — es fehlen doch auch — unsere Bilder — von Mutters Schreibtisch im Jägerhaus! Nof, wo können sie sein? Vater und Hedwig haben sie doch bestimmt nicht weggenommen! Und — und wenn ein Fremder, einer, der nur auf Raub ausgeht — wenn der Vater erschossen hätte, würde der die Bilder mitgenommen haben?“

„Nein.“

Nof Irwein schüttelte den Kopf.

„Hella,“ sagte er dann noch leiser, „hast du je den Totenschein Mutters gesehen?“

Das Mädchen dachte nach.

„Ne. Ich — weiß gar nicht, ob da wirklich ein Totenschein war. Nämlich, ob eine amtliche Bestätigung von Mutters Tode vorliegt.“

„Und Onkel Heinz? Er ist doch auch drüben zugrunde gegangen? Zur selben Zeit?“

„Ich weiß nicht,“ sagte das Mädchen schwer, „Vater hat doch nie darüber geredet.“

Wieder schwiegen sie beide. Sie sahen aneinander vorüber und es war, als läge ein neuer Druck auf ihnen. Als gingen ihre Gedanken fremde, unbekannte Wege. Sie bogon bereits in den Torweg des Einschnittes ein, als Nof wieder zu sprechen begann.

„Hella — erwähne einstweilen in Wien nichts davon — von jener schwarzen Frau! Wir wollen diese eine Spur einstweilen allein verfolgen! Es wird aber gar keine Spur sein. Die Alte hat wohl Visionen gehabt.“

„Nof,“ sagte Hella Irwein, „wir werden es doch Ernst Richter fragen müssen. Es ist schon wegen Hedwig. Woran denkst du, Nof?“

Da sah er sie zum erstenmal wieder voll an.

„Du hast recht! Es geht um Hedwig! Aber du, du fragst, woran ich denke? Ich denke an unsere Mutter, Hella.“

Und schen antwortete Hella Irwein:

„Ich habe auch an sie gedacht.“

1 Kapitel.

Hedwig Mirbach in Untersuchungshaft.

Für Hedwig Mirbach hatte dieser Tag bittere Stunden gebracht. So schonungslos Dr. Richter sie auch behandelte, von der Pflicht, die Entscheidung ihres Schicksals der Gerichte anheimzustellen, konnte er sie nicht entbinden. Und so stand

denn das junge Mädchen nun in einem der Amtszimmer des weißläufigen Gebäudes einem älteren, ernst blickenden Herrn gegenüber, der still und aufmerksam den von dem jungen Polizeibeamten übergebenen schriftlichen Bericht durchlas.

Durch die offenstehenden Fenster fiel das helle Sonnenlicht in die graue Amtsstube und der laue Herbstwind wehte die abgefallenen, rotgoldenen Blätter herein. Hedwig war zumute, als wolle ihr die Natur draußen noch einen Gruß senden und ihr zuzurufen: Verzage nicht. Auch aus diesen Mauern gibt es eine Erlösung! Sie sah in das ruhige Gesicht des alten Gerichtsrats, von dem zunächst ihr Schicksal abhing, und sie las Milde und Gerechtigkeit in seinen Zügen. Und als sie sich zur Seite wandte, sah sie den Blick Dr. Richters mit warmer Teilnahme und ermutigend auf sich gerichtet. So kam es über sie, wie eine plötzliche Ruhe und Sicherheit. Das Wahre wollte sie sagen und das Wahre würde wohl auch sagen über Schicksal und Tüde.

Der Gerichtsrat war mit dem Studium des Protokolls zu Ende und ließ sich nun von Dr. Richter noch mündlich eingehend über den Tat bestand unterrichten. Dann wandte er sich an Hedwig und als er sie so gefast und sicher vor sich stehen sah, floß ein Hauch wie Wohlwollen über sein ernstes Antlitz.

„Die Tatsachen, welche gegen Sie vorliegen, sind allerdings gewichtig,“ sagte er bedeutsam, aber fast freundlich; „doch sprechen nun auch Sie. Sagen Sie mir alles, was Sie von diesem Vorfall wissen und verschweigen Sie mir nichts. Bedenken Sie, daß es in Ihrem eigensten Interesse liegt, die vollste Wahrheit zu sagen, und daß das Gericht, das die Pflicht getan hat, beide Teile zu hören, und gerecht zu urteilen, auch aus einem unbedeutend scheinenden Umstand Folgerungen ziehen kann, die zu Ihrer Entlastung beitragen können, wenn Sie unschuldig sind.“

Und so begann denn Hedwig im Zusammenhang alle die Vorfälle dieser traurigen Nacht zu berichten.

Sie hatte fest und mit ruhiger Bestimmtheit gesprochen, und der Rat hatte sie, ohne sie zu unterbrechen, mit fast höflicher Aufmerksamkeit angehört.

Jetzt hob er den Kopf und sagte:

„Auf die Sie belastenden Umstände will ich vorläufig nicht eingehen. Diese sind ohnehin in dem aufgenommenen Protokoll hinreichend dargestellt. Aber mir fällt in Ihrer Erzählung manches andere auf, das — ich betone dies besonders — vielleicht zu Ihren Gunsten sprechen könnte. Haben Sie denn während Ihrer Unterredung mit Herrn Irwein gar nichts Besonderes bemerkt? Ist Ihnen nichts aufgefallen?“

„Es war mir wohl einmal, als wir in dem kleineren Notenszimmer einander gegenüber saßen, als hörte ich Schritte. Ich habe Onkel auch darauf aufmerksam gemacht. Er stand

auf und sah durchs Fenster, konnte aber nichts wahrhaben, und wir beruhigten uns wieder, da sich weiter nichts hören ließ.“

„In den Garten ging Herr Irwein nicht hinab, um nachzusehen?“

„Nein, er hielt es für unnötig, da er ja vor kurzem selbst durch den Garten ins Haus gekommen war und nichts Auffälliges bemerkt hatte.“

„Wenn ich Sie recht verstanden habe, so liegt das Jägerhaus sehr einsam mitten im Gehölz. War es denn ganz verlassen? Hatte denn Herr Irwein keinen Hund und gab dieser kein Zeichen der Unruhe?“

Hedwig sah betroffen auf.

„In der Tat! Warum habe ich daran noch nicht gedacht? Onkel hatte einen Hund, und er war ein vorzüglicher Wächter. Er hätte sicher keinen Fremden in den Garten gelassen. Wenn nun doch jemand da war — wo kann der Hund nur gewesen sein?“

Dr. Richter war gespannt näher getreten.

„Aber der Hund war doch im Hause. Als ich mit dem Bezirksrichter und den anderen Herren an der Leiche Werner Irweins stand, hörte ich ihn draußen laut heulen. Dann kam er herein zu dem Toten.“

„Jedenfalls ist das ein höchst merkwürdiger Umstand. Und der führt mich zu einer anderen Frage. Wann erhielt Herr Irwein Ihren Brief, Fräulein Mirbach?“

„Er bekam ihn, wie er sagte, knapp vor seinem Weggehen und hatte ihn noch gar nicht geöffnet. Erst in meinem Beisein erbrach er ihn.“

„In diesem Brief bestehten Sie, wie Sie sagten, Ihren Onkel zu einer Unterredung ins Jägerhaus. Nun eröffnete er ihn aber erst, als er schon mit Ihnen zusammengetroffen war, konnte also von Ihrem Wunsch gar nichts wissen. Und doch war er schon dort. Was konnte den tränklichen Mann veranlaßt haben, bei schlechtem Wetter zu so später Stunde allein das einsame Haus aufzusuchen?“

Hedwig zuckte hilflos die Achseln.

„Ich kann das nicht erklären,“ sagte sie leise. „Mir ist das auch nicht verständlich.“

„Fast hat es den Anschein,“ bemerkte Dr. Richter, „als habe Herrn Irwein irgendein verborgener Zweck ins Jägerhaus geführt, ein Zweck, der aber bestimmt nicht mit der Anwesenheit Fräulein Mirbachs zusammenhing.“

Der Gerichtsrat nickte.

„Und nun noch etwas!“ fuhr er fort. „Sie erwähnten, daß Ihr Onkel einen plötzlichen Herzanfall bekam, jedoch Sie Bedenken trugen, ihn allein zu lassen. Hat ihn die Unterredung mit Ihnen so sehr aufgeregt?“

Fortsetzung folgt.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Zwangssinnung für das Böttcherhandwerk im Stadt- und Landkreise Stolp.

Nachdem bei der Abstimmung die Mehrheit der beteiligten Handwerker sich für die Einführung des Beitrittszwanges erklärt hat, ordne ich gemäß § 100 der R. G. O. an, daß zum 1. September d. J. eine Zwangssinnung für das Böttcherhandwerk unter dem Namen „Böttcher-Zwangssinnung zu Stolp“ errichtet von. Die Innung umfaßt den Bezirk des Stadt- und Landkreises Stolp.

Von dem genannten Zeitpunkt an gehören alle Handwerker, die das Böttcherhandwerk im Stadt- und Landkreise Stolp selbständig betreiben, dieser Innung an.

Röslin, den 11. Juli 1924.

Der Regierungspräsident.

In Vertretung.

I B 15 Nr 455 II

gez. Berthold.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis der Beteiligten gebracht. Beschwerden gegen Errichtung der Zwangssinnung für das Böttcherhandwerk im Stadt- und Landkreise Stolp sind binnen 4 Wochen bei dem unterzeichneten Magistrat schriftlich anzubringen.

Stolp, den 21. Juli 1924.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Laut Beschluß der städtischen Körperschaften vom 14. Juni bzw. 16. Juli d. J. beträgt der Zuschlag zu der auf Grund der Verordnung vom 23. 11. 1923 veranlagten Gewerbesteuer für Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmen, die im Gemeindebezirk Stolp Betriebsstätten unterhalten, deren Hauptsitz sich jedoch auswärts befindet, jeweils 20% des jeweils geltenden allgemeinen Zuschlags mehr als der allgemeine Zuschlag beträgt.

Stolp, den 19. Juli 1924.

Der Magistrat.

Vorstehende Bekanntmachung hängt vom 23. bis 30. d. Mts. im Schaukasten des Rathausflurs und im städt. Steueramt öffentlich aus.

### Kesers

## Patent-Knieschuitz

Deutsches Reichspatent Nr. 369 690

ist das einzige Mittel zur Verhütung der Kniebeulen und zur Erhaltung der Biegelsalte.

Vertreter für Hinterpommern:

Karl Schwarz & Walter Boelke

Schneidermeister

Telephon 669 Stolp i. Pom., Paradiesstr. 8 Telephon 669

In allen Schneidergeschäften erhältlich.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. B. Max Esch,

## Preussische Staatsobersforsterei Stolp

verkauft am Mittwoch den 30. Juli 1924 von vormittags 10 Uhr ab folgendes Nutz- und Brennholz öffentlich meistbietend im Höppnerschen Saale in Stolp, Synagogenstraße 2

A. Nutzholz.

Försterei Mellin: Jagen 14b. 28 Stück Buchen II. bis IV. Kl. mit 21,99 fm; Jagen 12a. 150 Stück Buchen I bis V. Kl. mit 135,75 fm; Jagen 22a. 3 Stück Buchen III Kl mit 2,16 fm;

Försterei Damerow: 103a. 5 Stück Buchen IV. Kl mit 4,75 fm;

B. Brennholz.

Försterei Mellin: Jagen 2a. Eichen 149 rm Scheite, 82 rm Knüppel, 280 rm Reisig III. Nadelholz 27 rm Knüppel, 36 rm Reisig III. Jagen 22a. Eichen 61 rm Scheite, 59 rm Knüppel, 220 rm Reisig III., 18 rm Birken Scheite, Kiefern 9 rm Scheite und 44 rm Reisig III.

Försterei Damerow: Trockenhieb Kiefer 35 rm Scheite, Jagen 112a. Nadelholz 82 rm Scheite, 116 rm Knüppel, Jagen 105. Fichte 424 rm Reisig III. Trockenhieb Kiefer 46 rm Scheite, 17 rm Knüppel und 140 rm Reisig III.

Verkauf in der Reihenfolge der Anzeige, Materialänderungen vorbehalten. Der Oberrentmeister ist zur Entgegennahme der Zahlungen anwesend.

## L. F. G. Kleinstfahräder

Modell 1924 0,65/1,5 ps., Bereifung 26x2 Zoll, kräftige Tourenmaschine, ab Lager lieferbar.

## Luft-Fahrzeug-Gesellschaft Seddin.

**KOHLEN**  
**Brikett**  
**ARNO SCHULZ**  
STOLP GRÜNER WEG 3-4 TEL 1066

**Lohnschnitt**  
übernehme jedes Quantum. Kaufe tief, und ich Lange Holz in kleineren u. größeren Posten; desgl. biete an Schnittmaterial, Balken, Antiholz, Latten (auch nach Maße geschnitten) sowie Rast, Zement und andere Baumaterialien.  
**Paul Schulz**  
Wagengeschäft und Dampf-Sägewerk  
Amtsstraße 25/26.

**Metallbetten**  
Stahlmatten, Kinderbetten d. r. an Brd., Katal. 91 L. frei.  
Eisenmöbelfabr. Subl (Thür.)

**Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volksküche**  
durch Geldbesorden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volksküche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.  
**Die städt. Volksküche**  
Reitbahn, Fernruf 1009.

Jeder Stand trinkt **Brandt**  
**Aechter Brandt Coffee**  
Marke »Pfeil«  
Vollkommenster Kaffeezusatz nicht immer der billigste, aber der **beste** von **Qualität** und daher doch am preiswertesten! In jedem einschl. Geschäft zu haben!